

Alberto Acosta

Erdöl in Ecuador

„Der Mythos des Prometheus, der den Göttern das Feuer raubte, zeugt von dem befreienden Charakter, der der Entdeckung der alternativen Energien zugesprochen wird.“ (G.B. Zorzoli)

Mit dem Export von Erdöl aus der Amazonasregion trat Ecuador in den 1970er Jahren auf dem Weltmarkt kraftvoll in Erscheinung und durchlief dabei einen dynamischen Prozess nationalstaatlicher Konsolidierung. Nicht etwa, dass es einen qualitativen Wandel im Hinblick auf die Rolle Ecuadors als Rohstoff exportierendes Land gegeben hätte. Doch die wachsenden Einkommen, die durch die Erdölexporte erwirtschaftet werden konnten, führten zu einem dynamischen Wirtschaftswachstum. Insbesondere war dies auf die Gründung des Staatsunternehmens *Corporación Estatal Petrolera Ecuatoriana* (CEPE), heute Petroecuador, zurückzuführen, das dem Staat ein hohes Maß an Kontrolle über den ökonomischen Prozess erlaubte. Im Unterschied zur Produktion und zum Handel mit Kakao oder Bananen, entwickelte sich der Export von Rohöl zu einer selbständigen Quelle der Staatsfinanzierung.

Vor allem dank der Erdölkonzerne wuchs der Gesamtumfang der Exporte von 199 Mill. Dollar im Jahr 1971 auf 2.568 Mill. Dollar im Jahr 1981. Im gleichen Zeitraum stieg das BIP von 1.602 Mill. Dollar auf 13.946 Mill. Dollar und die internationalen Währungsreserven von 55 Mill. Dollar auf 563 Mill. Dollar. Damit nahm auch die Bedeutung Ecuadors für das internationale Kapital zu. Der Reichtum an Erdöl bescherte Ecuador das Image des Neureichen und machte das Land attraktiv für Investitionen und für ausländische Banken.

Bis dato hatte die ecuadorianische Wirtschaft für das ausländischen Kapital nur eine marginale Rolle gespielt. Bis zur Wiederentdeckung bedeutsamer Erdölreserven im Amazonasgebiet in den 1970er Jahren spielte das Land auf dem Weltmarkt keine größere Rolle. Der Export von Rohöl von der Halbinsel Santa Elena, der bereits in den 1920er Jahren begonnen hatte, erreichte nie die Bedeutung, die der Handel mit dem heute im Osten des Landes geförderten Erdöl besitzt. Interessant ist, dass diese Erdölvorkommen im Amazonasgebiet bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entdeckt, damals aber von den internationalen Unternehmen ignoriert wurden, weil zum damaligen Zeitpunkt die Ausbeutung von Erdölvorkommen in anderen Weltregionen einfacher, sicherer und rentabler war: zum Beispiel in Saudi-Arabien und Venezue-

la. Tatsächlich ist der Export von Erdöl nicht auf die Nachfrage nach Energie oder die Finanzmittel in den unterentwickelten Länder, welche die bedeutenden Vorkommen an diesem Rohstoff besitzen, zurückzuführen. Ob Erdöl exportiert wird oder nicht, hängt vielmehr vom Nutzungsinteresse der transnationalen Unternehmen ab, sowie vom technischen Entwicklungsstand in den entwickelten Ländern.

Warum transnationale Unternehmen zu einem bestimmte Zeitpunkt mit der Förderung von Erdöl beginnen, mag zwar kurzfristig von der örtlichen Lage der Vorkommen und den Kosten für ihre Erschließung bestimmt werden. Jedoch ist das bloße Vorkommen von Erdöl, dass in Ecuador von der indigenen Bevölkerung schon seit langem zum Abdichten von Schiffen oder für medizinische Zwecke genutzt wurde, niemals eine hinreichende Bedingung für eine massive Ausbeutung gewesen. Diese hängt ganz wesentlich vom technologischen Entwicklungsstand einer Gesellschaft ab, ohne dass die menschliche Erfindungsgabe für sich allein genommen die materiellen gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen modifizieren könnte. Darüber hinaus geht jede Form der Energiegewinnung auch mit einer bestimmten sozialen und politischen Organisation einher. So mussten die Sklavenhaltergesellschaften, die sich auf der Grundlage der Energie menschlicher Muskelkraft reproduzierten, die Freiheit großer Teile der Bevölkerung zu Gunsten anderer gesellschaftlicher Gruppen unterdrücken, was die Einrichtung äußerst repressiver Regierungen zur Folge hatte. Die Nutzung einer Energiequelle wie Erdöl, die große finanzielle Ressourcen erfordert, begünstigt in den Erdölgesellschaften die Ausprägung von autoritären, zentralisierten und letztlich an den Ölrenten orientierten Systemen. Denn der Export der natürlichen Ressourcen zur Sicherung der finanziellen Einkommen besitzt eine hohe politische Priorität.

Der Erdölboom der siebziger Jahre

Ecuador hatte seit etwas über einem Jahr, seit August 1972, Erdöl zu exportieren begonnen, als auf Grund des vierten arabisch-israelischen Krieges (Oktober 1973) eine starke Erhöhung der Rohölpreise auf dem internationalen Markt stattfand. Das Erdöl aus der östlichen Landesregion, das im August 1972 noch mit 2,5 Dollar pro Barrel notiert war, stieg 1973 im Durchschnitt auf 4,2 Dollar und 1974 auf 13,7 Dollar. Dieser Preisanstieg erhöhte den Zufluss an finanziellen Mitteln ganz erheblich und ermöglichte ein schnelles Wachstum der ecuadorianischen Wirtschaft, ohne dass es dafür notwendig gewesen wäre die Erdölproduktion zu erhöhen. Äußerst zweckmäßig war in diesem Kontext die Intervention des Staates gegen die Absichten des Unternehmens Texaco, welches die damaligen Transportkapazitäten verdoppeln wollte. Dieses Vorhaben hätte zu einer deutlichen Erhöhung der Fördermengen im Amazonasgebiet geführt - mit allen daraus erwachsenden ökologischen und ökonomi-

schen Konsequenzen: Zerstörung der Umwelt und der sozialen Strukturen und vielleicht auch einer schnellen Zunahme der Auslandsverschuldung.

Dank des erdölbedingten Exportbooms wuchs das BIP zwischen 1972 und 1981 mit einer jährlichen Durchschnittsrate von 8%. In einigen Jahren wurden spektakuläre Werte erzielt (1973 mehr als 25,3%), insbesondere im industriellen Sektor, der eine Wachstumsrate von durchschnittlich 10% jährlich vorweisen konnte. Das Pro-Kopf Einkommen stieg von 260 Dollar im Jahr 1970 auf 1668 Dollar im Jahr 1981.

Trotzdem gelang es dem Land nicht, einen erfolgreichen Entwicklungspfad einzuschlagen. Es stellt sich damit sofort die Frage nach dem ‚Warum?‘ Einen ersten Hinweis gibt Amartya Sen: Er stellt fest, „dass die wirklichen Grenzen der traditionellen Entwicklungsökonomie nicht so sehr von der Auswahl der politischen Mittel abhängen, die das Wirtschaftswachstum erzeugen sollten. Das Problem liegt vielmehr darin, dass nicht anerkannt wird dass Wirtschaftswachstum nur eines von verschiedenen Mitteln zum Erreichen bestimmter Ziele sein kann. Das heißt nicht etwa, dass Wachstum keinerlei Bedeutung hätte. Es kann von großer Wichtigkeit sein. Doch wenn dies der Fall ist, dann aufgrund der Erfolge, die in Verbindung mit dem Wachstumsprozess erzielt werden“ (Sen 1985: 185). „Es geht nicht nur darum zu argumentieren, dass Wirtschaftswachstum eher ein Mittel als ein Zweck ist, sondern auch festzustellen, dass Wirtschaftswachstum für bestimmte wichtige Ziele überhaupt kein effizientes Mittel darstellt“ (ebd. 186). Damit ist klar, dass es keine direkte und lineare Beziehung zwischen Entwicklung und Wirtschaftswachstum gibt, bzw. wenn es sie gibt, dann ist sie zufällig.

Genau so wie es im Alltag einem Reichen leichter fällt als einem Armen, einen Kredit zu bekommen, erhielt das Erdöl-Ecuador in diesen Jahren Kredite, die das Bananen-Ecuador - oder gar das Kakao-Ecuador - niemals bekommen hätte. Doch der Reichtum an Erdöl war nicht der einzige Grund für die Zunahme der Auslandsverschuldung des Landes. Denn neben der ecuadorianischen Nachfrage nach Krediten gab es auf dem Weltmarkt bedeutende Mengen an Geldkapital, für die sich in diesen Jahren in den industrialisierten Ländern kaum interessante Anlagemöglichkeiten fanden. Will man die wachsende Verschuldung der Länder der Dritten Welt verstehen - die Verschuldung konzentrierte sich ja nicht ausschließlich auf die Erdöl exportierenden Ländern - ist diese Beobachtung von zentraler Bedeutung.

Der Umfang der ecuadorianischen Auslandsschulden wuchs in den 1970er Jahren fast um das 22fache: von 260,8 Mill. Dollar Ende 1971 auf 5.869,8 Mill. Dollar Ende 1981. Die Schulden stiegen von 16% des BIP im Jahr 1971 auf 42% des BIP im Jahr 1981. Im gleichen Zeitraum wuchs der Schuldendienst gegenüber dem Ausland spektakulär: 1971 wurden 15% der Exporterlöse für den Schuldendienst aufgewendet, zehn Jahre später waren es 71%.

Die internationalen Organisationen - Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) und Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) - förderten die

maßlose externe Finanzierung der unterentwickelten Ökonomien einschließlich Ecuadors. Diese Politik war Bestandteil einer Strategie zur Bewältigung der Rezession in den entwickelten kapitalistischen Ländern, die auf das ‚Recycling‘ von Euro- und Petrodollar abzielte. Seit Ende der sechziger Jahre waren vor allem auf Grund der durch den Vietnamkrieg bedingten Instabilitäten der US-amerikanischen Ökonomie auf den europäischen Märkten massiv Dollar akkumuliert worden. Weitere große Dollarvolumen konzentrierten sich nach der Erhöhung der Erdölpreise auch in den Erdöl exportierenden arabischen Ländern. Die internationalen Kreditgeber, von den Regierungen der Länder des Nordens beeinflusst und kontrolliert, ermutigten zur Aufnahme von externen Krediten. Im Strudel der Auslandsverschuldung, den sie selber erzeugten und verstärkten, waren sie noch in den späten 1980er Jahren, als die Schuldenkrise bereits ein Fakt war, blind für den strukturellen Wandel des Erdölmarktes. Das positive Finanzklima, das die multilateralen Organisationen sowohl für die Erdöl importierenden als auch für die Erdöl exportierenden Länder herstellten, begünstigte den gesamten Verschuldungsprozess: Die Erdöl importierenden Länder erwarteten einen nachhaltigen Anstieg des Rohölpreises. Für sie bestand die Antwort darin, ihre Energiewirtschaft via Kreditaufnahme zu diversifizieren, um so die Abhängigkeit vom Erdöl zu reduzieren. Für die Erdöl exportierenden Länder war es in finanzieller Hinsicht ebenfalls logisch weitere Kredite zu zeichnen, da diese zum damaligen Zeitpunkt ja relativ günstig waren und im nachhinein über die erwarteten Ölpreiserhöhungen refinanziert werden sollten.

So stellte die IDB 1981 fest, dass es „angesichts der Einkommenselastizität auf dem Energiesektor, dem wahrscheinlichen Wandel ökonomischer Strukturen und des beschleunigten Wirtschaftswachstum in den nächsten zehn Jahre zu einem größeren Energieverbrauch kommen wird, speziell zu einer erhöhten Nachfrage nach Erdöl.“ Obwohl die Rohölpreise bereits ab der zweiten Hälfte des Jahres 1982 gefallen waren und sich eine strukturelle Schwächung des Marktes, die 1986 ihren Höhepunkt erreichte, deutlich abzeichnete, versicherte die Weltbank noch 1985, „dass die realen Ölpreise wahrscheinlich noch im laufenden Jahrzehnt wieder steigen werden“ (Weltbank 1985: xxi). Es wurden Szenarien steigender Rohölpreise entworfen, die auf der Basis der Werte von 1980 zwischen 30 und 48 Dollar pro Barrel für Mitte der 1980er Jahre lagen und zwischen 30 und 78 Dollar für Mitte der 1990er Jahre. Die Erwartung steigender Ölpreise und relativ niedriger oder gar negativer Zinssätze auf den internationalen Finanzmärkten, und die auf die Ölrenten setzenden, mit den Unternehmensoligarchien verwobenen Regierungen wiesen den direkten Weg in die Auslandsverschuldung, in die Krise und schließlich in die Strukturpassungsprogramme der Weltbank und des IWF (Acosta 2004: 145-156).

Der Erdölboom und die massive Auslandsverschuldung brachten eine Reihe gesellschaftlicher Veränderungen mit sich, ohne dass jedoch die über lange Zeit hinweg angestauten sozialen Probleme gelöst wurden. So blieb die Armut

in all den Jahren eine Konstante der ecuadorianischen Gesellschaft. Mehr noch: mit dem Erdöl tauchten neue Schwierigkeiten auf, die mit der internationalen Schuldenkrise ab 1982 in explosiver Form in Erscheinung traten.

Die Verschwendung so großer materieller Ressourcen ist bedauerlich. Vor allem wenn man in Betracht zieht, dass die hohe Verfügbarkeit über Devisen in den 1970er Jahre eine Politik ermöglicht hätte, die mit adäquaten Maßnahmen und strukturellen Veränderungen, insbesondere mit einer gleichmäßigen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, eine solide Basis für eine selbständigere und nachhaltigere Entwicklung hätte legen können. Dies hätte es dem Land erlaubt, sich in dynamischer Form in den Weltmarkt zu integrieren und vor allem einen Schritt in Richtung der angemessenen Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu machen. Eine solche nachträgliche Einschätzung darf jedoch nicht dazu verleiten, die Probleme ausschließlich auf der wirtschaftspolitischen Eben zu suchen. Denn ein alternativer Entwicklungspfad würde tatsächlich tiefgreifende kulturelle und ideologische Veränderungen voraussetzen, er müsste die technologische Entwicklung stärken, alle existierenden Möglichkeiten der Gesellschaft einbeziehen und wäre letztendlich nur auf der Grundlage realer und wachsender Gleichheit möglich.

Angesichts der Tatsache, dass Ecuador über sehr viele und sehr unterschiedliche Ressourcen verfügt, und das ökonomische Potential besitzt, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, lässt sich konstatieren, dass das Problem nicht einfach ein wirtschaftliches, sondern ein politisches ist. Mehr noch: Es stellt sich die einfache Frage, wie eine nachhaltige Entwicklung mit einer Produktion auf Basis der verfügbaren Rohstoffe verwirklicht werden kann: Wie soll über die Nutzung der natürlichen Ressourcen entschieden werden? Wie kann der Exportsektor mit anderen Wirtschaftssektoren verknüpft werden? Wie kann der einheimische Markt gestärkt werden? Und wie vermag man sicherzustellen, dass die durch den Export der Ressourcen produzierten Einkommen auch angemessen verteilt werden?

Inmitten der Militärdiktatur erlaubte der relative Überfluss an finanziellen Ressourcen die Aufrechterhaltung eines verhältnismäßig toleranten politischen Klimas. Der ansehnliche Zufluss von Dollars aus dem Ausland ermöglichte (zumindest scheinbar) die Befriedigung und sogar Überwindung einer Reihe gesellschaftlicher Konflikte. In gewisser Weise machte das Erdöl die Militärdiktatur erst überlebensfähig. Gleichzeitig konterkarierte der Erfolg der Erdölwirtschaft aber auch die notwendigen und grundlegenden Strukturreformen, die bereits 1972 vorgeschlagen worden waren. Wie im *Aktionsplan der nationalrevolutionären Regierung Ecuadors* formuliert wurde, war die Gesellschaft „ökonomisch unterentwickelt, sozial ungerecht und politisch abhängig; ein Produkt verantwortungslosen Staatshandelns“ (Gobierno Nacional 1972: 1). Mit der Errichtung der Militärregierung, die sich vor allem auch der Ölpolitik widmete, sollte dies überwunden werden.

In dem Moment jedoch, in dem ausreichend externe Einkommen erwirtschaftet werden konnten, gab es keine Notwendigkeit mehr für die 1972 von den Militärs vorgeschlagenen politischen Veränderungen. Die Reformen verloren auf Grund der Existenz der finanziellen Ressourcen ihre Priorität. So war es zum Beispiel einfach nicht mehr nötig, die internen Preise für Benzin zu überprüfen und den Schmuggel und die Verschwendung von Energieressourcen zu unterbinden. Ein weiteres mal verpasste man die Gelegenheit, finanzielle Spielräume zu schaffen. Man hielt es in diesen Jahren einfach nicht für nötig, den Druck durch Abgaben zu verschärfen. Noch Jahrzehnte später rühmt sich der Diktator General Guillermo Rodríguez Lara (1972-1976), dass während seiner Regierungszeit keine Steuern erhoben worden seien. Jede Form finanzieller Dringlichkeiten, die sich zum Beispiel aus unzureichenden Einkommen aus der Erdölwirtschaft oder auf Grund der konjunkturellen Lage ergaben, wurden über externe Kredite aufgefangen.

Die externen Finanzmittel flossen reichlich nach Ecuador. Unter diesen Bedingungen entwarf der Staat, dessen Präsenz in der Wirtschaft zunahm, eine Serie von Mechanismen, die auf die Subventionierung des privaten Sektors abzielten. Dies war der Moment, in dem sich auch die Politik der Industrialisierung durch Substitution von Importen zu vertiefen begann. Die expansive Politik führte zu enormen Einkommenssteigerungen für die wohlhabenderen gesellschaftlichen Schichten, zu einer relativen Verbesserung der Lage der Mittelschicht und auch zu gewissen Vorteilen für die traditionell marginalisierten Bevölkerungsschichten. Auch wenn letztere gerade einmal die Brotkrümel des Erdölbanketts erhielten, so herrschte in Ecuador doch der Eindruck vor, die Entwicklung stehe ‚vor der Tür‘. Nicht wenige träumten gar vom El Dorado des Erdöls, was auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch zur Motivation für die Förderung des Rohöls beiträgt.

Der Boom, den das Erdöl hervorbrachte, war massiv und ziemlich unerwartet. Nie zuvor hatte das Land eine größere Menge an Devisen erwirtschaftet. Doch der gesellschaftliche Reichtum wurde auf der Grundlage der selben alten Strukturen akkumuliert und reproduzierte auf höherem Niveau die existierenden gesellschaftlichen Unterschiede und Rentiers-Praktiken. Zwar vollzog Ecuador den quantitativen Sprung auf ein neues Niveau des Wirtschaftswachstums, aber weil damit keine qualitative Transformation einherging, entpuppte sich dieser Prozess schon bald als ‚Entwicklungsmythos‘.

Der Typ eines ungleichgewichtigen und Ungleichgewicht erzeugenden Booms, der sich im Zuge einer Konjunktur von Rohstoffexporten entwickelt, wird in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion als ‚Holländische Krankheit‘ bezeichnet. Während des Erdölbooms der 1970er Jahre provozierte die ‚Holländische Krankheit‘ in Ecuador Tendenzen der Deindustrialisierung, die jedoch durch Programme zur Förderung der Industrie und durch den tarifären Schutz der nationalen Wirtschaft zunächst abgeschwächt wurden. Dies war deswegen

möglich, weil anders als heute noch nicht das wirtschaftspolitische Paradigma der Marktöffnung und Liberalisierung dominierte. Die Strukturanpassungsprogramme, die dem Höhepunkt der Erdölwirtschaft folgten, stellten sich als komplex und schmerzhaft dar: eine weitere Erscheinung dieser ‚Krankheit‘.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Ecuador mehrere Jahre ungewöhnlichen Wirtschaftswachstums erlebte, welche die einheimische Wirtschaft in quantitativer Hinsicht deutlich transformierten und auch neue Verzerrungen hervorbrachten. Die Gesellschaft vermochte in der Zeit des Erdölbooms keine vernünftige Basis für ihre weitere Entwicklung zu legen. Die Kapazitäten des nationalen und des internationalen Konsums nahmen zu, die heimische Produktion konnte jedoch nicht im gleichen Maße gesteigert werden. Dafür vertiefte sich aber das Rentiers-System.

Schließlich muss noch darauf hingewiesen werden, dass das Land in diesem Zeitraum einen festen Wechselkurs hatte, der gestützt wurde, während ausländische Finanzmittel über Auslandsverschuldungen und Einkommen aus der Erdölwirtschaft reichlich ins Land flossen. Dies führte zu einer größeren Abhängigkeit von ausländischen Geldern. Als deren Fluss zu versiegen begann, erwischte es die Wirtschaft hart. Fast könnte man sagen, dass die Krise aus all diesen Gründen vorprogrammiert war. Der Zeitpunkt ihres Ausbruchs hing vor allem vom Fluss bzw. vom Versiegen der externen Finanzmittel ab.

Das Erdöl als Werkzeug einer qualvollen und nicht enden wollenden Strukturanpassung

Ab 1982 begannen die Ölpreise zu fallen, der Zufluss an Krediten für die Länder der sogenannten Dritten Welt kehrte sich um und die Erdölorgie fand ein Ende. Mit der zunehmenden finanziellen Strangulierung, die sich für Ecuador im Rahmen des Grenzkonflikts mit Peru noch einmal zuspitzte, hatten sich bereits im Jahr zuvor die ersten wirtschaftlichen Probleme eingestellt.

Der Preis für das Erdöl aus der östlichen Landesregion, der zu Beginn der 1980er Jahre auf über 30 Dollar pro Barrel gestiegen war – 35,2 Dollar im Jahr 1980 und 34,4 Dollar im Jahr 1981 – sank ab der zweiten Hälfte des Jahres 1982 und fiel dann im März 1983 substantiell. Für Ecuador war dies der kritische Moment. Die Phase der günstigen externen Kredite ging gerade zu Ende, da stürzten auch noch die Ölpreise – wie auch die Preise für die meisten anderen Exportprodukte der unterentwickelten Länder – in den Keller.

Die Schwächung der Ölpreise und der Preise für andere Rohstoffe und die gleichzeitige Erhöhung der Zinssätze waren Bestandteile ein und derselben Strategie zur Reorganisation der weltweiten Machtverteilung (in der auch der Falklandkrieg eine wichtige Rolle spielte, da hier britische und US-amerikanische Interessen in Einklang gebracht wurden). Die International Energy Agency (IEA) – 1974 als Antwort auf die Organisation Erdöl exportierender Staa-

ten (OPEC) eingerichtet – und die transnationalen Erdölkonzerne verbanden ihre Kräfte, um die Abhängigkeit der industrialisierten kapitalistischen Länder von externen Energieressourcen zu verringern, insbesondere die vom Erdöl. Konkret versuchte man die Kosten für das Öl aus Ländern der OPEC zu reduzieren, um so die Defizite der kapitalistischen Zentren zu vermindern.

Die neue US-amerikanische Wirtschaftspolitik führte zu einer bedeutenden Verteuerung der Kredite und zur Verringerung der Kreditflüsse in die latein-amerikanischen Länder. Das hohe Defizit der US-Ökonomie drückte auf die weltweiten Handels- und Finanzbeziehungen. Der Auslöser der lateinamerikanischen Krise lag wie schon in den 1930er Jahren in den USA. Mit der als „Reagonomics“ bekannt gewordenen Wirtschaftspolitik waren die Schulden der unterentwickelten Welt ab 1981 praktisch nicht mehr zu handhaben. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz stellt in einer interessanten Studie über die neoliberalen Reformen fest, dass die Krise „in dieser Region größtenteils auf den Anstieg der Zinssätze in den USA zurückgeführt werden kann“ (Stiglitz 2003: 11). Die Erhöhung der Zinssätze ist allerdings auch ein Beweis für „das Scheitern der internationalen Kapitalmärkte, des Weltfinanzsystems und auch des Finanzsystems Lateinamerikas“ (ebd.). In dieser Situation wäre „die Mehrheit der Länder wahrscheinlich auch ohne Korruption und mit effizient geführten staatlichen Unternehmen in die Krise geraten“ (ebd.).

In Ecuador versuchte man zunächst noch etwas schüchtern die fundamentalen makroökonomische Ungleichgewichte in den Griff zu bekommen, insbesondere auf dem Export- und auf dem Finanzsektor. Eine mehrfach angewandte Maßnahme war die Erhöhung der inländischen Preise für Brennstoffe auf Erdölbasis. So konnten die Einnahmen des Fiskus aus der Produktion und Distribution der Erdölderivate auf dem heimischen Markt gesteigert werden, obwohl doch die Preise auf dem internationalen Markt fielen. Nebenbei gesagt war diese Maßnahme rein finanzpolitisch begründet und ließ Überlegungen hinsichtlich der Produktion – insbesondere der Energieproduktion – aber auch soziale und ökologische Aspekte außer Acht. Man muss dazu wissen, dass die Berechnungen zur Fixierung der Preise der Erdölderivate oftmals im nachhinein durch finanzpolitische Entscheidungen konterkariert wurden. Diese waren schließlich einzig und allein auf die Bedienung der Auslandsschulden ausgerichtet. Nichts desto trotz erreichten die private und öffentliche externe Neuverschuldung zwischen 1983 und 2003 die Höhe von 83.637 Mill. Dollar. Im selben Zeitraum belief sich der Schuldendienst auf 94.412 Mill. Dollar, die Tilgungen betragen 74.281 Mill. Dollar und die Zinsen 20.131 Mill. Dollar. Das heißt, dass sich der Devisenabfluss im besagten Zeitraum auf 10.775 Mill. Dollar belief. Anders ausgedrückt zahlte man den Gläubigern 10.775 Mill. Dollar mehr, als man in diesem Zeitraum erhalten hatte. Zusätzlich stiegen die externen Schulden von 7.831 Mill. Dollar im Jahr 1983 auf 16.595 Mill. Dollar im Jahr 2003.

Die Erhöhung der inländischen Preise für die besagten Derivate bedeutete jedoch nicht, dass die staatlichen Unternehmen auch höhere Einnahmen erwirtschaftet hätten, wurden ihnen die Mittel doch permanent gekürzt – dies alles freilich zum Vorteil der transnationalen Erdölkonglomerate. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Ausgabe von Schuldverschreibungen im Oktober 1986 durch das Staatsunternehmen *Corporación Estatal Petrolera Ecuatoriana* (CEPE). Die Gelder kamen jedoch nicht dem Konzern zu Gute, sondern wurden zum Stützen der Devisenreserven verwendet.

Es überrascht kaum, dass die ersten Momente der wirtschaftlichen Strukturpassung komplex und konfus waren. Beim Versuch, einen Wechsel der relativen Preise herbeizuführen, erzeugten die durch die ‚holländische Krankheit‘ vertieften Rigiditäten neue und wachsende Schwierigkeiten. Darüber hinaus gab es überhaupt kein Problembewusstsein darüber, was in der Zukunft auf Ecuador zukommen würde. Schenkte man den internationalen Finanzorganisationen Glauben, und ihre Einschätzungen wurden wie ein Echo von den ecuadorianischen Politikern wiederholt, reduzierte sich das Problem auf eine vorübergehende Liquiditätskrise. In der Konsequenz schienen die Schwierigkeiten konjunktureller Natur und einfach lösbar zu sein. Man wartete auf eine baldige Erholung der nordamerikanischen Ökonomie und vertraute auf ein Steigen der Ölpreise auf dem Weltmarkt. Nichts dergleichen trat jedoch ein.

Als die Krise bereits voll ausgebrochen war, nahmen die multilateralen Kreditorganisationen dann die Rolle der Kassierer und Kontrolleure derjenigen Ökonomien wahr, zu deren Verschuldung sie selbst beigetragen hatten. Indem sie häufig Maßnahmen zur staatlichen Übernahme privater Risiken von Schuldnern und Gläubigern vorangetrieben hatten, waren sie für den Verlust der Disziplin auf den internationalen Finanzmärkten mitverantwortlich. Anschließend jedoch versuchten sie die Katastrophe zu vertuschen, indem sie immer höhere Kredite vergaben, ohne nach der Wurzel des Übels zu suchen oder das Problem wirklich zu verstehen. Man denke nur an die kostenintensiven Programme zur Stabilisierung und Strukturpassung, die bei mehr als einer Gelegenheit mit enormen Misserfolgen und in massiven Korruptionsskandalen endeten, oder an die extrem teuren staatlichen Rettungen der privaten Banken in Mexiko und Ecuador. Mit den neuen Krediten, die vor allem auch der Bezahlung der alten Schulden dienten, haben der IWF und die Weltbank Ecuador eine neoliberale Marktlogik auferlegt: dies ist der Kern der Politik der Konditionierung durch IWF und Weltbank.

Um das Ausmaß der Einmischung dieser Organisationen zu verdeutlichen, soll hier kurz auf den Inhalt und die Reichweite der dreizehnten „Absichtserklärung“ (*Letter of Intent*) gegenüber dem IWF eingegangen werden, die Ecuador im Januar 2003 unterschrieb. Diese Erklärung stellt eines der marktorthodoxesten Programme der letzten Jahrzehnte in dieser Region dar. Ergänzt durch die „Strategie zur Hilfe“ der Weltbank, verwandelte sie sich in ein Re-

gierungsprogramm des aktuellen Präsidenten, des ehemaligen Oberst des ecuadorianischen Militärs Lucio Gutiérrez, das weit mehr als „nur“ ein Wirtschaftsprogramm darstellt. Gemäß den Forderungen der Kreditgeber und in Übereinstimmung mit einer rigiden Sparpolitik wurden die Tarife für Elektrizität und Telekommunikation wie auch die Preise für Brennstoffe ein weiteres mal erhöht. Man verpflichtete sich die Subventionen für das einheimische Gas zu beseitigen. Die Anzahl der öffentlichen Angestellten soll abgebaut und die Nominalgehälter der Behördenmitarbeiter verringert werden. Vorschläge über das Einfrieren der Pensionen und zur Privatisierung der Elektrizitäts- und Telefongesellschaften werden diskutiert. Auch die Rentenversicherungen sollen mittels einer Reform der Sozialversicherung privatisiert werden. Die Absichtserklärung sieht, neben anderen Punkten, die nur schwer oder gar nicht erfüllt werden können, auch die Reprivatisierung der *Banco del Pacífico* vor, eine der größten Banken, die durch den Staat gerettet wurden. Alle diese Forderungen, ebenso wie Reformen des Arbeit- und des Steuerrechts und der öffentlichen Verwaltung, sind an feste Fristen geknüpft und sollen vom Kongress in dieser Zeit umgesetzt werden. Für die Reform des Arbeitsrechts zum Beispiel wurden konkrete Inhalte und Zeitfenster festgelegt. Arbeitnehmerrechte werden eingeschränkt und abgebaut, um durch eine Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen die negativen Effekte des rigiden Wechselkurses zu minimieren. Dabei wurde weder Raum noch Zeit gelassen, um die Reformen und ihre Folgen adäquat einzuschätzen und zu diskutieren. Die Absichtserklärung gibt die legislative Agenda vor, sie verpflichtet das Parlament und transformiert den IWF in einen zentralen Akteur des politischen und ökonomischen Entscheidungsprozesses. Darüber hinaus droht der IWF der Justiz für den Fall, dass sie die Auszahlung der *Bonos Globales*¹ für illegal erklärt und deren Konditionen, die keinerlei Vorteile für den Staat mit sich bringen und sich offensichtlich am Rande der Legalität bewegen, anfechtet. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass derzeit die Einrichtung einer Art „IWF-orientierten Republik“ zu beobachten ist, die auf die gleichen oligarchischen Praktiken der alten „Bananenrepublik“ zurückgreift und sich vor allem über das Erdöl finanziert. Der Prozess der Akkumulation, der sich auf den relativ freien Zugang zu externen finanziellen Ressourcen stützte, wurde also unterbrochen. Man hatte es versäumt die Strukturreformen durchzuführen, die unerlässlich gewesen wären, um die massive Abhängigkeit vom Weltölmarkt zu verringern. Statt dessen galt es nun das makroökonomische Gleichgewicht wieder herzustellen. Dabei musste der demokratische Raum, der in Ecuador 1979 wiedererobert wurde, und dessen Kontinuität auch ein zentrales Anliegen der USA darstellt, aufrecht erhalten bleiben.

1 Ecuador erreichte eine Umschuldung bei seinen privaten Gläubigern: Dazu wurden im Jahr 2000 die Brady-Schuldverschreibungen in neue Schuldverschreibungen – die *Bonos Globales* – umgetauscht (Anm. d. Red.).

Für Ecuador bedeutete der Eintritt in die Krise eine schnelle Verschlechterung der internationalen Tauschverhältnisse, insbesondere was den Ölpreis anging, der sich in den 1970er Jahren erholt hatte und 1981 auf dem Spotmarkt Werte von über 40 Dollar pro Barrel erreicht hatte. Bis 1984 sank der Ölpreis wieder auf 27,4 Dollar pro Barrel und stürzte danach noch einmal ab bis auf unter 9 Dollar pro Barrel im Juli 1986. Über den Fall des Ölpreises hinaus war Ecuador im Winter 1982/1983 mit starken Überschwemmungen konfrontiert, die nicht nur die landwirtschaftliche Produktion sondern die gesamte Wirtschaft schwer trafen. Nun bekam auch Ecuador, das bis 1981 scheinbar leicht die negativen Wirkung der internationalen Wirtschaftsprobleme umschiffte hatte, die Krise voll zu spüren. Jedoch nicht ausschließlich wegen der erwähnten Naturkatastrophen oder des Falls der Ölpreise, sondern auch auf Grund einer ganzen Reihe struktureller externer und interner Faktoren.

Die Exporte, die 1981 eine Höhe von 2.540 Mill. Dollar erreicht hatten, sanken in den nachfolgenden Jahren auf 2.200 Mill. Dollar. Gleichzeitig fielen die Importe von fast 2.424 Mill. Dollar im Jahr 1982 auf 1.474 Mill. Dollar im Jahr 1983. Erst 10 Jahre später sollten sie wieder das Niveau von 1982 erreichen. Auch das BIP sank erheblich: von 13.946 Mill. Dollar 1981 auf 9.129 Mill. Dollar 1988 – der niedrigste Wert seit 1979. In all diesen Jahren erhöhte sich die Auslandsverschuldung und blieb eine der größten Belastungen für die Wirtschaft. Das Land durchlief Strukturanpassungsprogramme aus der Hand des IWF und der Weltbank; eine Verbindung, die über die Gültigkeit der aufeinander folgenden Absichtserklärungen (*letter of intent*) hinausgeht, da die verschiedenen Regierungen und ihre Wirtschaftsberater sich das Instrumentarium des *Washingtoner Konsens* ohne jede Diskussion zu eigen machen. Ab diesem Zeitpunkt begann man sich insbesondere dem Problem der Inflation zu stellen und griff auf eine rigide Sparpolitik zurück, die darauf abzielte, die Konsum- und Investitionsquoten zu reduzieren, dabei aber weiterhin einen erfolgreichen Prozess der Kapitalakkumulation zu garantieren. Dazu blieb nur die Senkung der Löhne und Gehälter. In der Folge fiel der Anteil des Faktors Arbeit an den Gesamteinkommen von 32% im Jahr 1980 auf 12,7% in den Jahren 1990 und 1991, um sich danach langsam bis auf 13,9% im Jahr 1997 zu erholen – das war kurz vor der schweren Krise in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Die Arbeiter wie auch die Mehrheit der öffentlichen Angestellten, insbesondere die Lehrer, bekamen die Folgen der Gehaltssenkungen am stärksten zu spüren. Die Armut und die Ungleichheit, die stets eine Konstante in der Geschichte Ecuadors dargestellt haben, verstärkten sich erheblich.

Kurz nachdem Mexiko die Zahlung seiner Kredite im August 1982 aussetzte, begann auch Ecuador an den Verhandlungsrunden mit den internationalen Gläubigern teilzunehmen. Immer stärker wurde das Land dabei in das System der Empfehlungen und Konditionierungen des internationalen Finanzkapitals, die vom IWF und der Weltbank formuliert und durchgesetzt wurden, einge-

bunden. Jetzt schlugen die Probleme, die während des Erdölbooms noch verdeckt geblieben waren, unerbittlich durch.

Alle politischen Anstrengungen zielten nun auf eine Vergrößerung der Exporte, sowie darauf, den privaten Unternehmen große Gewinne in Aussicht zu stellen, um neue ausländische Investitionen zur Erschließung und Extraktion des Rohöls anzulocken. Um das ausländische Kapital ins Land zu holen, wurde das *Gesetz über die Kohlenwasserstoffe* ab Anfang der 1980er Jahre mehrfach reformiert. Dabei wurde argumentiert, das Land verfüge über keine ausreichenden finanziellen Ressourcen, um die hohen Kosten für die Erschließung neuer Erdölvorkommen zu finanzieren. Von daher müssten die rechtlichen Bedingungen überarbeitet werden, um diesen Bereich für private Anleger attraktiver zu gestalten. Dieser Diskurs war für den Großteil der gesamten Diskussion um die Erdölproblematik maßgeblich und bildet sicher auch die Grundlage für viele politische Entscheidungen, die in diesem Zusammenhang getroffen wurden.

Interessant ist auch wie in diesem Zusammenhang mit den Daten über die Erdölvorkommen umgegangen wurde. Denn offensichtlich wurden diese regelmäßig manipuliert. Zu bestimmten Anlässen sind die verfügbaren Erdölreserven zu niedrig eingeschätzt worden, um den Ruf nach privaten Erdölkonzernen zu rechtfertigen. So etwa 1981, als eine Reihe von Rechtsreformen erzwungen wurden. In anderen Momenten wurden die Reserven zu hoch geschätzt, um die Produktion erhöhen zu können – sei es mit der Absicht, den externen Schuldendienst zu finanzieren, sei es um den Ausbau der transecuadorianischen Erdölpipeline zu rechtfertigen, oder auch um den Bau einer Schwerölpipeline durchzusetzen. Über derlei massenmedial verbreitete Manipulation setzte sich die Vorstellung durch, das Land sei nicht mit ausreichend finanziellen Ressourcen ausgestattet, um die für die Erdölwirtschaft notwendigen Investitionen selbst zu tragen. Es ist jedoch erwiesen, dass viele angeblich rein technische Informationen fern ab der Realität lagen. Man erinnere sich zum Beispiel an den Ausbau der SOTE, als die Regierung Sixto Durán Ballén (1992-1996) sich auf zwei Gutachten stützte, in die sogar zwei Straßen aufgenommen waren, welche in keiner Verbindung mit der Erdölpipeline standen, und mit einem Transportvolumen arbeitete, welche die Ölmenge, die zu produzieren beabsichtigt war, deutlich überstieg.

Die Antwort auf die Krise bestand also in einer Ausweitung der Erdölproduktion. Eine Strategie, die in fast allen Erdöl produzierenden Ländern zu beobachten war. Die Erhöhung des Angebots an Erdöl führte jedoch zu einer zusätzlichen Schwächung des Ölpreises. Dass die Notierung des Rohöls nicht noch stärker sank, ist nicht zuletzt der konzertierten Aktion der OPEC (aus der Ecuador 1994 ausschied, um sich mit den USA gut zu stellen) zu verdanken.

Die auf den Export von Rohstoffen, insbesondere von Erdöl, orientierte Strategie, verschärfte die innergesellschaftlichen Tendenzen der Exklusion und der

Konzentration des Reichtums. Im Gegensatz zu vorherigen Perioden, konnte trotz der Zunahme der Exporte bis 1997 kein neues Wirtschaftswachstum erzielt werden. Der private Sektor agierte isoliert und ohne Unterstützung durch den staatlichen Sektor und vermochte nicht die gleiche Dynamik zu entwickeln, wie es in den Jahrzehnten zuvor der Fall gewesen war. Im Zuge der Strukturanpassung verlor der Staat seine Rolle als treibende Kraft für die Ökonomie und erfuhr einen deutlichen Funktionswandel: diente er zuvor noch der relativen Umverteilung von Einkommen zu Gunsten der untersten Einkommensschichten, insbesondere der Mittelschichten, so wirkt er heute zu Gunsten der wohlhabendsten Schichten – und zwar auf Kosten der anderen Bevölkerungsgruppen (deutlich war dies im Fall der Rettung der Banken zu sehen). Ähnliche Entwicklungen lassen sich in vielen Regionen der Welt feststellen. Das Wirtschaftswachstum nimmt zu, ohne dass dabei jedoch soziale Punkte auf die politische Agenda gesetzt würden. Wirtschaftswachstum und eine Zunahme der Exporte gehen mit einer Verschärfung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Ungerechtigkeit einher. Diese Tendenz verschärft sich in Zeiten der Krise noch. Schließlich gilt es, wie Stiglitz zeigt, darauf hinzuweisen, dass das Wirtschaftswachstum in den zwei Jahrzehnten neoliberaler Reformen (1980-2001), gerade die Hälfte des erreichten Wachstums der zwei vorangegangenen Jahrzehnte (1960-1980) in Lateinamerika ausmachte (Stiglitz 2003).

Die Strukturanpassung verstärkte noch einmal die auf den Export ausgelegte Produktion von Rohstoffen. Diese Rückkehr zur Rohstoffwirtschaft führte zu einer Zerstörung des produzierenden Gewerbes (Deindustrialisierung), sowie zu einer Schädigung derjenigen Sektoren, die für die Binnennachfrage produzieren, die in der Lage sind Beschäftigung zu schaffen, angemessene Gehälter zu zahlen und zu einer nachhaltigen Bekämpfung der Armut beizutragen. Darüber hinaus hat die Rückkehr zur Rohstoffwirtschaft zu einer Zunahme der Umweltzerstörung geführt, da die kurzfristigen Gewinne Priorität über jede längerfristige Planung erhalten. Dies betrifft nicht nur die Zerstörung der Amazonasregion durch die Erdölförderung, sondern beispielsweise auch den Einsatz von Chemikalien auf Bananenplantagen und in der Garnelenzucht, der zu einer systematischen Zerstörung der Mangrovenwälder und zu Viruserkrankungen wie dem Taurasyndrom und der Mancha Blanca geführt hat.

Langfristig zielt die Strukturanpassung auf die Konsolidierung des Marktes und auf eine möglichst geringe Einmischung des Staates in die Wirtschaft ab. Dies zeigt sich unter anderem am Verlust der staatlichen Kontrolle über den Erdölsektor. Eine der letzten Phasen der systematischen Schwächung des Staates besteht in einer Dekapitalisierung und in der geplanten Privatisierung der Raffinerie von Esmeralda. Letzteres wird mit einer im Auftrag der Zentralbank und mit Unterstützung der Weltbank angefertigten Studie begründet, der zu Folge die Raffinerie Verluste erwirtschaftet.

Die schmerzhafteste Strukturanpassung ist Resultat und Bestandteil eines Gefüges, das sich auf Paternalismus, Orientierung auf Ölfrenten und Korruption stützt, welches für die ecuadorianische Gesellschaft charakteristisch ist. Auch die IWF-orientierte Republik“ bleibt durch einen Paternalismus gekennzeichnet, der im Sinne einer systemisch-staatlichen Unterstützung der ökonomisch und politisch mächtigen Gruppen, die negativen Folgen der Reformen für diese Gruppen dämpft; durch eine Rentenorientierung, der die Arbeitskraft, die Natur und die nationale Währung, den Sucre, ausraubt; und durch Korruption und Straflosigkeit, die sich in der Praxis fast aller Regierungen seit 1992 wiederfinden.

Die Strukturanpassungsprogramme und ihre dollarisierte Kontinuität haben noch andere Charakteristika gemein. Der öffentliche Diskurs zielt auf die propagandistisch-kommunikative Herstellung eines Konsens über die derzeitige Politik ab und gerade nicht auf die Diskussion über eine demokratische Ordnung. Die tieferen Ziele der Strukturanpassungsprogramme werden nicht diskutiert. Sie werden in höchst intransparenter Weise zwischen Funktionären der internationalen Finanzinstitutionen (die praktisch immer das entscheidende Wort haben), den Wirtschaftsexperten der nationalen Regierung und Vertretern der ökonomisch wichtigen Gruppen (der großen Industrie- und Handelskammern) verhandelt. Nicht selten implizieren die politischen Entscheidungen und das Prozedere massive Rechtsverletzungen – angefangen mit der Verletzung der ecuadorianischen Verfassung, wie es bei der Dollarisierung der Fall war. Ein anderes Charakteristikum der rechtswidrigen und autoritären Politik ist der Umstand, dass umfassende und komplexe juristische Regelungen mit der Begründung wirtschaftlicher Dringlichkeit unter extremer Zeitknappheit eingeführt werden, so dass kaum Raum für eine angemessene Diskussion bleibt. Auf dem Erdölsektor ist dies tatsächlich die bestimmende politische Praxis gewesen, wie etwa das Beispiel der Baus der Pipeline OCP zeigt, der gegen eine Fülle berechtigter Einwände durchgesetzt wurde. Der heute flüchtige Präsident Gustavo Noboa begründete das Projekt gebetsmühlenartig mit den Worten: „Die OCP wird gebaut, weil sie gebaut wird.“

Von der größten Krise des 20. Jahrhunderts in die Dollarisierung

Für Ecuador endete das 20. Jahrhundert mit einer Krise, wie das Land es sie bis dahin noch nicht erlebt hatte. Das Jahr 1999 wird man für den größten Absturz des realen BIP im ganzen Jahrhundert in Erinnerung behalten. Gemessen in der Landeswährung Sucre fiel es um 6,3% und in Dollar um 30,1% von 19.710 Millionen auf 13.769 Millionen. Das Pro-Kopf Einkommen reduzierte sich um fast 31% und stürzte von 1.619 Dollar auf 1.109 Dollar. In der Folge erlebte das Land die wohl krasseste Verarmung in der Geschichte Lateinamerikas: zwischen 1995 und 2000 stieg die Anzahl der Armen von 3,9 auf

9,1 Millionen, in Prozent von 34% auf 71%. Die Anzahl der von extremer Armut betroffenen Menschen verdoppelte sich von 2,1 auf 4,5 Millionen, ein Sprung von 12% auf 31%. Begleitet wurde all dies von einer massiven Reichtumskonzentration: 1990 verfügten die untersten 20% der Bevölkerung über 4,6% der Einkommen, 2000 waren es weniger als 2,5%. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der reichsten 20% der Bevölkerung an den Einkommen von 52% auf über 61%. Zur Jahrhundertwende waren insgesamt knapp eine Million Ecuadorianer, weit über 10% der Erwerbstätigen ins Ausland migriert.

Die Zahlen belegen die Schwere der Krise. Hervorgerufen wurde sie durch eine Serie miteinander zusammenhängender Faktoren, angefangen bei naturbedingten Ursachen: die Überschwemmungen; über wirtschaftliche Gründe: die Bedienung der Auslandsschulden, den Fall der Ölpreise, die Destabilisierung der internationalen Finanzmärkte und die Rettung der Banken; bis hin zu politischen Umständen: fünf Regierungen in fünf Jahren. Die Krise wurde zu großen Teilen durch eine Wirtschaftspolitik entfesselt, die seit 1992 bestimmte gesellschaftliche Gruppen durch relativ stabile Wechselkurse zum Konsum anregte; die durch hohe und fluktuierende Zinssätze, welche die Wechselkurse stützten, die spekulativen Tendenzen in der Ökonomie unterstützte; so wie durch die nicht enden wollenden Sparauflagen und marktöffnenden Struktur Anpassungen, die dem Land seit der ersten Hälfte der achtziger Jahre von IWF und Weltbank auferlegt wurden. Vor allem die beiden letzten Aspekte stellen wichtige Gründe für die ecuadorianische Krise dar.

In diesem Moment überraschte Ecuador die Welt mit der vollständigen Dollarisierung seiner Ökonomie. Ohne jede Vorbereitung gab Ecuador am 9. Januar 2000 als erstes Land in Lateinamerika seine nationale Währung offiziell auf und führte eine ausländische Währung als komplett legales Geld ein. Damit befand man sich in Gesellschaft von weltweit 26 Kolonien und Territorien, die zum damaligen Zeitpunkt eine ausländische Währung nutzten, 11 unter ihnen den US-amerikanischen Dollar.

Eine vorläufige Lektüre der wirtschaftlichen Situation im dollarisierten Ecuador könnte zu der Schlussfolgerung kommen, dass die Wirtschaft des Landes sich nun auf dem Weg der Besserung befindet. Um dies zu belegen, könnte man auf das Wirtschaftswachstum und die Erfolge bei der Bekämpfung der Inflation, sowie auf einige andere finanzwirtschaftliche Daten verweisen, wie etwa auf die Zunahme der Depositen und der gewährten Kredite. Darüber hinaus ließe sich auf den Erfolg bei der Reduzierung der Arbeitslosigkeit abstellen. Jedoch sollte man sich nicht von Oberflächlichkeiten täuschen lassen, oder allzu nahe liegenden Interpretationen folgen, die am Kern des Problems vorbeigehen. Denn auch wenn es richtig ist, dass sich die ecuadorianische Wirtschaft in keiner Krise wie der des Jahres 1999 befindet, so wäre es dennoch gewagt zu behaupten, dass sich das Land mittlerweile erholt hätte und sich nun bereits auf dem Weg der eindeutigen und nachhaltigen Besserung be-

finde. Nachdem die Inflation zwischen Dezember 1999 und Dezember 2000 von 61% auf 91% gestiegen war (auch auf Grund der Dollarisierung), begann eine langsame und qualvolle Reduzierung bis auf 9,4% im Dezember 2002. Um die Inflationsraten zu senken, waren Preise und Tarife eingefroren worden. 2003 liegt die Inflationsrate in Dollar nichts desto trotz noch immer bei etwa 8%. Nach wie vor ist das ein hohes Niveau, wenn man bedenkt, dass die Inflation in den USA bei 2% liegt und die Bekämpfung der Inflation in Ecuador auch mit anderen verantwortungsvolleren Maßnahmen als der Aufgabe der eigenen Geld- und Währungspolitik – und das in einer durch flexible Wechselkurse geprägten Welt – hätte geführt werden können.

Die Maßnahmen der Regierung Lucio Gutiérrez sind weit entfernt davon die Probleme des produktiven Sektors zu lösen und die Kaufkraft der Bevölkerung zu verbessern; sie haben die rezessiven Tendenzen eher verschärft. Die Reformen verschlechtern den effektiven Wechselkurs, woraus sich negative Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit ergeben: dieser Aspekt ist für jede offene Ökonomie von großer Bedeutung, mehr noch, wenn sie dollarisiert ist. Nachdem Lucio Gutiérrez das Wechselkursregime öffentlich kritisiert hatte, unterstützt er es nun und wirbt für seine regionale Ausbreitung.

Ein weiterer kritischer Aspekt sind die Realzinsen von über 20% und die hohe Differenz zwischen Einlagen- und Kreditzinsen, die für die Mehrheit der Unternehmer in einer dollarisierten Ökonomie maßlos hoch sind. Dass sich die Ökonomie nach der Krise erholt hat, erklärt sich durch den erneuten Anstieg der Ölpreise, durch die zunehmende private Auslandsverschuldung (deren Umfang sich zwischen Anfang 2000 und 2003 von 2.229 Mill. Dollar auf 5.300 Mill. Dollar um mehr als 100% erhöhte), wie auch durch die Überweisungen der Emigranten (2001 und 2002 1.400 Mill. Dollar; dieser Betrag überstieg die Summe der nach dem Erdöl wichtigsten Exportgüter: Bananen, Kakao, Café, Garnelen und Thunfisch). Langsam erholt sich die Ökonomie, und zwar *trotz* und nicht etwa *wegen* der Dollarisierung und der aktuellen Wirtschaftspolitik (das Pro-Kopf Einkommen entsprach im Jahr 2002 etwa dem Stand des Jahres 1980).

Unter diesen Bedingungen beginnen die Anzeichen für eine externe Erdrosselung unübersehbar zu werden. Auf Grund des rigiden Wechselkurses und unter den Bedingungen einer – freundlich ausgedrückt – naiven Politik der Handels- und Finanzliberalisierung, mit einer niedrigen Produktivität und mit einer hohen Auslandsverschuldung zeigen die Außenbilanzen besorgniserregende Zahlen. Die Exporte haben sich gerade erholt (vor allem Dank der hohen Ölpreise), während die Importe schnell ansteigen.

Andererseits verzeichnet der Erdölsektor wegen seiner schlechten Führung auch große Verluste. Die Produktion von *Petroproducción* fällt. Die Differenz wird von privaten Erdölkonzernen aufgefangen. Wer jedoch denkt, dass die verschenkten nationalen Ressourcen auf diesem Weg privat und effizient er-

gänzt werden, der irrt. Von jedem Barrel privat produziertem Rohöl erhält die öffentliche Hand maximal 18% und nicht selten wird diese Summe gar nicht komplett an den Staat abgeführt. Dagegen bleiben von jedem Barrel staatlich produziertem Erdöl mindestens 80% beim Fiskus. Und dass die staatlichen Unternehmen weniger effizient produzieren als die privaten, ist vor allem der Kumpanei der Regierung und einer Reihe von Abgeordneten geschuldet, die die Investitionen in das Unternehmen *Petroproducción* kürzen, um die IWF-Konditionen zu erfüllen.

Tatsächlich ist das Rohöl der privaten Unternehmen schwerer und von niedriger Qualität als das staatlich produzierte und führt daher zu Verlusten a) beim Transport durch die SOTE: die schlechte Qualität des Erdöls führt zu niedrigeren Pumpleistungen; b) im Prozess der Raffinierung: geringere Produktion der leichten Derivate, die dann statt dessen importiert werden müssen; und c) im Verkauf: auf dem internationalen Markt werden bis zu drei Dollar weniger pro Barrel erzielt. Das staatliche leichte Rohöl ist sogar zur Verdünnung des privaten schweren Rohöls eingesetzt worden, ohne dass die transnationalen Konzerne für diesen „Service“ bezahlt hätten. Hinzu kommt der große Preisunterschied für Erdöl unterschiedlicher Qualität. Dieser betrug im Jahr 2000 4,67 Dollar, im Zeitraum von Januar bis November 2001 durchschnittlich 7,27 Dollar pro Barrel. Nachdem sich die Differenz ein wenig verringert hatte, überstieg sie Mitte 2003 wieder die 4,80 Dollar. Um die Liste der Probleme abzuschließen, haben zahlreiche Erdölkonzerne Verluste geltend gemacht und ihre Einkommenssteuer nicht abgeführt. Laut *Sistema de Renta Interna* betrifft dies unter anderem die Unternehmen Vintage Oil, YPF, City Oriente, City Investing. Einige Unternehmen erhalten Sonderkonditionen für ihre Importe; oder die Konzerne fordern die Erstattung der Mehrwertsteuer. Zur Durchsetzung der Forderungen wird sogar auf offene Formen von Erpressung zurückgegriffen, in denen die Botschaft der Vereinigten Staaten vermittelt.

Mehr Erdöl, um die Dollarisierung zu retten und die „ewigen“ Schulden zu zahlen

Dies ist der Stand der Dinge: zu Beginn des neuen Jahrtausends wendet sich Ecuador wieder dem Erdöl zu, um voranzukommen.

Sieht man einmal von der kurzfristigen Hoffnung ab, dass mit Arbeitsbeginn der Pipeline OCP auch eine größere Menge an exportierbarem Rohöl zur Verfügung steht, so wird klar, dass Ecuador zahlreiche Probleme bevorstehen. Auf der einen Seite wird es weiterhin von den internationalen Preisschwankungen abhängig sein, was – so Juan Luis Moreno-Villalaz, der selbst zu den Verfechtern der Dollarisierung zählt – für diese eine große Gefahr bedeutet.

In einer dollarisierten Ökonomie führt der signifikante Zufluss von Kapital zu einer erhöhten Kreditaufnahme und einem Anstieg der internen Nachfrage,

was insbesondere die Produktion von immobilien Gütern anregt und die externen Schulden zunehmen lässt. Unter den Bedingungen eines Zahlungsbilanzdefizits und des Abflusses von Kapital führt die Verteidigung der Dollarisierung dagegen zu einem Anstieg der Zinssätze und daraus folgend zu einer Verminderung der wirtschaftlichen Aktivitäten. Solcherlei Schwankungen werden in einer Ökonomie, die so stark vom Erdöl abhängt, extrem hart ausfallen. Was die quantitativen Indikatoren angeht sind die zu erwartenden Folgen: Fall der Löhne; Zunahme der Arbeitslosigkeit; Abnahme der Produktion und Unternehmensbankrotte, wie es in Argentinien unter den Bedingungen des festen Wechselkurses zum Dollar (der Zwillingschwester der Dollarisierung) zu beobachten war. Unter diesen Umständen werden die exportorientierten Unternehmen sich gezwungen sehen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Personal zu entlassen, Gehälter zu kürzen und auch in ökologischer Hinsicht zunehmend rücksichtslos zu agieren. Und mit der Ausweitung der Erdölwirtschaft im Süden des Landes werden die Umweltzerstörungen unvermeidlich auch das ecuadorianischen Amazonasgebiet betreffen.

Das dollarisierte ecuadorianische Modell wird, auch wenn die Inflation um ein Zehntel sinkt, kein nachhaltiges Wachstum und keine substantielle Expansion der Beschäftigung produzieren können. Es wird nur bestehen können, solange reichlich Einkommen aus externen Quellen fließen, etwa aus dem Rohstoffexport (insbesondere aus der Erdölproduktion) und den Überweisungen der im Ausland lebenden Ecuadorianer. Oder aber es gelingt, kontinuierlich eine externe Kreditfinanzierung zu erbetteln. Denn trotz der konjunkturellen Einnahmen durch Privatisierungen und ausländische Direktinvestitionen (die im ecuadorianischen Fall keine größere Bedeutung haben werden) ist diese notwendig, um das Land am Leben zu halten. Damit verfestigt sich das Akkumulationsmodell, das auf dem Export von Rohstoffen basiert, und vertieft die nicht enden wollende Unterwerfung unter die ausländischen Märkte.

Möglicherweise wird die Dollarisierung zu einer besseren Prognostizierbarkeit von Investitions- und Konsumententscheidungen führen. Doch lassen sich die sozialen Kosten, die Umweltschäden und die Risiken für den produktiven Sektor, die die Dollarisierung mit sich bringt, kaum abwenden. Der Verlust von Wettbewerbsfähigkeit ist programmiert. Zumindest bei flexiblen Wechselkursen und solange keine substantielle Senkung der Inflation erreicht wird. Tatsächlich ist der besagte Verlust der sowieso schon niedrigen Wettbewerbsfähigkeit bereits in weiten Teilen des produktiven Sektors zu beobachten. Besorgniserregend ist das Handelsdefizit in einer Ökonomie, die durch ein chronisches Defizit der Dienstleistungsbilanz charakterisiert ist, was insbesondere auf den Aderlass durch die Auslandsverschuldung zurückzuführen ist. All das wird für das Land zu einem chronischen Zahlungsbilanzdefizit führen.

Auch ein Finanzgleichgewicht wird kaum zu garantieren sein. Denn der Staatshaushalt etabliert sich als politisches Kampffeld par excellence, auf dem

sich der politische Druck der neuen finanziellen Instabilitäten widerspiegelt. Dies zeigt sich allein schon bei der Betrachtung der Haushaltspolitik des Jahres 2003. Trotz aller Bemühungen konnte das Defizit des Vorjahres nicht ausgeglichen werden und wurde in das Jahr 2004 übertragen. Und wie sich bereits vorher abzeichnete, stellt die Auslandsverschuldung, in diesem Fall die private, eine der Stützen der Ökonomie dar, während die Gesellschaft wie gelähmt der strukturellen Zerstörung des produktiven Sektors zuschaut.

Unter diesen Umständen wird Ecuador das bleiben, was es immer gewesen ist. Ein Rohstoff produzierendes Land. Das Erdöl stellt die Hauptquelle für Devisen dar und muss die Spannungen abschwächen, welche das chronische Defizit der Im- und Exporte anderer Güter erzeugt. Es gilt so viel Rohöl wie möglich zu produzieren und zu exportieren. Der verzweifelte Versuch, mehr und mehr Dollar zu erwirtschaften, führt Ecuador in die Petrodollarisierung. Damit nehmen die negativen Folgen für die Umwelt, wie auch die politischen Spannungen zu: im Zuge der aktuellen Privatisierungswelle, welche die Erdölwirtschaft einschließt, erobert derjenige, der sich die Kontrolle über die Erdölressourcen verschafft, auch die Staatsmacht. So wird der Staat, unter formaler Aufrechterhaltung des demokratischen *Procedere*, in der Praxis immer autoritärer.

Angesichts der Tatsache, dass die Erhöhung der Exporte ein zentrales politisches Anliegen darstellt, stellt sich die Frage, welche Resultate auf der Grundlage der zur Zeit gültigen Verträge überhaupt erzielt werden können: so implizieren die „Verträge über die Bereitstellung von Diensten“ (*Contratos de prestación de servicios*) für den Staat ein klares Verlustgeschäft, muss er doch nachträglich die Kosten für die Operationen privater Unternehmen tragen. Ähnlich verhält es sich mit den „Verträgen über die Partizipation“ (*Contratos de participación*) die für das Land kaum von größerem Nutzen sind. Vielmehr werden in beiden Fällen wichtige Reserven verschenkt. Solcherart Verlustgeschäfte ziehen sich als eine Konstante durch die ecuadorianische Ölpolitik. Ramiro Gordillo, Ex-Präsident von Petroecuador, stellt fest, dass „trotz des Vertrags, der 1973 mit Texaco geschlossen und während der ersten drei Jahre der Militärdiktatur gegen den Widerstands seines Unternehmens mehrmals angepasst wurde, die Erdölverträge des Staates den öffentlichen Interessen nicht zuträglich. Von 1996 bis 1999 wurden auf der Grundlage des Vertrags nicht nur kein Einkommen für das Land produziert, sondern auch noch massiv Schulden akkumuliert. Zahlte man doch zusätzlich zur Übergabe der Erdölreserven noch Geld dazu“ (Gordillo 2003: 270).

Einerseits wird kritisiert, der Staat habe keine Finanzmittel, um in den Erdölsektor zu investieren. Andererseits gewährt man den privaten Unternehmen unangemessene Konditionen, die dem Land keinen Nutzen bringen, und gestattet ihnen im Zuge der so gerühmten Garantie der Rechtssicherheit (fast) alles. In einer Reihe von Fällen nahm man in Kauf, dass das Land wirtschaftlich gesehen verliert, nur damit ein ausländisches Unternehmen nicht abwandert.

Dies begünstigt unter anderem auch die Überausbeutung von Erdölressourcen, was sich in einer Zunahme der Umweltschädigung niederschlägt. Anstatt Finanzmittel in die Reaktivierung des produktiven Sektors zu lenken, beabsichtigt man einen Teil der *Bonos Globales* – insbesondere der *Bonos Globales* mit einer Laufzeit von 12 Jahren – in neue Schuldverschreibungen umzutauschen. Diese würden an das Erdöl gebunden, ihre Rückzahlung über den „Fonds zur Stabilisierung, zur Sozialen und Produktiven Investition und Reduzierung der öffentlichen Schulden“ (FEIREP) versichert und es würde ein attraktiver Zinssatz von 8% angeboten.

Im FEIREP werden nach einem 2002 verabschiedeten Gesetz die Finanzmittel gespart, die für die prognostizierte Zahlung der Auslandsschulden gedacht sind, was dann euphemistisch als Rückkauf der Schulden bezeichnet wird. Um diesen Fonds auszudehnen, verabschiedete der Präsident am 24. Dezember 2003 per Dekret *Ejecutivo 2003* eine Neudefinition des Schweröls. Bereits kurz zuvor, ebenfalls im Jahr 2003, hatte die Regierung Gutiérrez einen Schritt gemacht, um das gesamte Schweröl (in dem Gesetz ging es um das Schweröl der privaten Unternehmen), welches über die Erdölpipeline OCP transportiert wird, zur Einzahlung in den FEIREP heranzuziehen. 70% der Mittel des Fonds sollen für den Rückkauf der Schulden aufgewendet werden und 20% sind als Reserve gedacht, durch welche das Sinken des Ölpreises kompensiert werden kann. Das heißt, dass in der einen oder anderen Form alle diese Mittel in die Taschen der Gläubiger fließen werden, besteht doch die oberste finanzpolitische Priorität in der Bedienung des Schuldendienstes gegenüber dem Ausland. Am 31. Januar 2003 wurde verfügt, dass die restlichen 10% der Mittel, die für die Bereiche Bildung und Gesundheit aufgewendet werden (von anderen sozialen Bereichen wie etwa Wohnraum, Ernährungssicherheit, Kinderpflege usw. wird gar nicht erst gesprochen), dem allgemeinen Staatshaushalt zugerechnet werden. Das heißt, dass 90% dieser Mittel außerhalb jeder parlamentarischen Kontrolle verwaltet werden. Zu diesen Mitteln kommen noch Gelder hinzu, welche durch den Unterschied zwischen dem geschätzten Ölpreis von 18 Dollar pro Barrel und dem tatsächlichen Preis, der zum Beispiel im Jahr 2003 um die 27 Dollar lag, eingenommen werden. Mit all diesen Reformen, die die Regierung ohne das Parlament eingeführt hat, werden zusätzlich etwa 600 Mill. Dollar freigestellt, um im Jahr 2004 den Schuldverpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern nachzukommen.

Die offiziellen Prognosen sprechen für sich: Wenn im Jahr 2004 344 Mill. Dollar durch den Export von schwerem Rohöl hereinkämen, würden davon etwa 34 Mill. Dollar für sozialpolitische Programme aufgewendet. Im Spitzenjahr 2007 würden von den geschätzten 517 Mill. Dollar gerade 52 Mill. Dollar für soziale Belange ausgegeben. Und 2010 blieben von den 411 Mill. Dollar, die durch den Verkauf des schweren Rohöls erwirtschaftet werden sollen, etwa 41 Mill. Dollar für Soziales über.

Für den *Fonds zur Stabilisierung der Erdölwirtschaft* (FEP) lässt sich feststellen, dass dieser fünf Jahre nach seiner Einrichtung im Jahr 1998 offensichtlich als gescheitert gelten kann. Nachdem das Land in diesem Zeitraum geschätzte 8,5 Mrd. Dollar an Einkommen erwirtschaftet hat, gibt es heute keinerlei Rücklagen. Zwar lag der Preis des Rohöls 1998 um 7 Dollar pro Barrel niedriger als die für den Haushalt prognostizierten 14 Dollar, jedoch stiegen die Preise in den darauf folgenden Jahren auf Werte, die deutlich über den prognostizierten lagen. Dennoch wurde nichts gespart. Dies weist auf ein weiteres schwieriges Problem hin: Die Gesellschaft ist zu keinem rationalen Gebrauch des Reichtums an Erdöl in der Lage gewesen. Es gab keinen planvollen Umgang mit den erwirtschafteten Mitteln und es sind auch keine Ersparnisse für krisenhafte Momente zurückgelegt worden. Dies ist nicht etwa einem Mangel an Voraussicht geschuldet, sondern der Abwesenheit staatlich-politischer Prioritäten – sieht man einmal von dem prinzipiellen Ziel der Bedienung der Auslandsschulden, dem Leitprinzipien in dieser „IWF-orientierten Republik“, ab. So ist das Erdöl, auf dessen Grundlage das Land in den siebziger Jahren kraftvoll auf die Bühne der internationalen Finanzmärkte trat, nun lediglich eine Stütze zur Aufrechterhaltung der Schuldenzahlungen geworden.

In seinem ersten Regierungsjahr brachte Lucio Gutiérrez, der den Zahlungsverpflichtungen pünktlich und unterwürfig nachkommt, die Notierung der Schuldpapiere auf Niveaus, die es bis dahin noch nicht gegeben hatte. Die *Bonos Globales* über 12 Jahre stiegen von 64% im Januar 2003 auf über 100% im Januar 2004 und die *Bonos Globales* über 30 Jahre von 47,5% auf 85,1%. Das war deswegen möglich, weil die prinzipielle Aufmerksamkeit der Wirtschaftspolitik dieser Regierung der Bedienung der öffentlichen Schulden gilt, insbesondere der ausländischen Schulden. Um dem nachzukommen, lässt man auch systematisch Mittel für die sozialen Belange und für die Wiederbelebung des produktiven Sektors verschwinden.

Unter diesen Bedingungen bahnt sich aktuell der große Coup bezüglich der Erdölressourcen an. Die Öffentlichkeit ist mit den Ermittlungen in einer Reihe von *Petroecuador* betreffenden Diebstählen von Erdöl beschäftigt. Oder sie verfolgt den kuriosen Vorschlag, die Spitzen des staatlichen Unternehmens durch ein „Tribunal ohne Gesicht“ berufen zu lassen – erst kürzlich wurde es durch das Regime von Gutiérrez benannt und vereidigt. So wird die öffentliche Aufmerksamkeit zerstreut. Die Bevölkerung sorgt sich um die Jagd nach den Erdöldieben, ohne zu bemerken, dass der wirkliche Schlag von einer anderen Seite kommt. Ein Schlag, der den Umfang des erwähnten Erdölraubs im Wert von etwa 120 Mill. Dollar nach einer Kleinigkeit aussehen lässt, und angesichts dessen selbst die korrupten Bankiers mit einem Nettoverlust von fünf Milliarden Dollar erleichen könnten.

Ob auf Grund von Druck oder von Schmeicheleien der Erdölkonzerne – vor kurzem akzeptierte Lucio Gutiérrez die vom Präsidenten der *Asociación de la*

Industria Hidrocarburífera del Ecuador formulierten Forderungen. In einem Schreiben vom 12. Februar 2004, das – wie es erforderlich ist – auch an den Repräsentanten des IWF ging, erinnerte dieser den Staatschef daran, dass „die Unternehmen bereit sind, auf Ihre Einladung einzugehen, wenn Sie die Grundlage akzeptieren, auf der der Verhandlungsprozess am 5. Januar 2004 initiiert wurde.“ Der Ausverkauf der wichtigsten staatlichen Erdölfelder war bereits auf den Weg gebracht, als Gutiérrez noch einmal die Spielregeln änderte. Konkret akzeptierte er eine der Hauptforderungen der Erdölkonzerne, „die Mindestkonzessionsabgabe von 35% zu beseitigen“, damit „es der Markt sei, der die Teilnahme an der Ausschreibung gemäß dem besten Angebot bestimme“ (so ein Schreiben von René Ortiz, der außerdem Energieminister war).

Mit dieser Entscheidung eröffnet sich die Möglichkeit, dass die Unternehmen in einer konzertierten Aktion eine sehr niedrige Abgabe anbieten. Mit der Rücknahme der 35% Klausel gibt man außerdem ein wichtiges Signal. Bereits die 35% sind ausgesprochen niedrig, zieht man in Betracht, dass Texaco – nach eigenen Angaben – dem Land mehr als 95% seiner Einkommen überließ. Selbst in den Gebieten mit schlechteren Bedingungen übersteigt die Abgabe an den Staat im Durchschnitt die 60% Grenze.

Es zeigt sich, dass das Thema des Stabilisierungsfonds, auch wenn es nur auf begrenztes Interesse stößt, auf einer doppelten Lüge basiert: Der Staat verfüge nicht über ausreichend Mittel, um seine Aufgabe wahrzunehmen, und er hat auch keinen Zugang zu der dafür notwendigen Technologie. Die Technologie wird teuer gekauft. Die Mittel zu ihrem Kauf wären verfügbar, wenn sie nicht zur Bedienung der Auslandsschulden aufgewendet würden. Das betrifft auch den vorzeitigen Rückkauf der *Bonos Globales*, der ursprünglich nicht vorgesehen war und zu einem Anstieg ihrer Notierung auf ein Niveau von über 100% geführt hat. Für die Erdölkonzerne geht es dabei um ein riesiges Geschäft.

Fazit

Die ecuadorianische Wirtschaft zeichnet sich auch nach drei Jahrzehnten der Förderung und des Exports von Erdöl aus der östlichen Landesregion durch eine hohe Abhängigkeit von den Erdöleinkommen aus. Mehr noch: die politische Vision erschöpft sich in einem überholten Wachstumsparadigma – die Ausweitung der Erdölproduktion wird als unverzichtbar angesehen, um die gesellschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Dabei reichen die über das Erdöl produzierten Einkommen gerade aus, um die enormen Auslandsschulden zu bedienen und kurzfristig die Dollarisierung zu finanzieren.

In seiner republikanischen Geschichte hat Ecuador bis heute die größten Einkommen durch den Export eines einzigen Produktes erwirtschaftet: über 40 Milliarden Dollar haben die Exporte von Erdöl aus der östlichen Landesregi-

on abgeworfen. Hinzu zu rechnen wären über 20 Milliarden Dollar, die durch den Verkauf von Derivaten auf dem Binnenmarkt eingenommen wurden. Nichts desto trotz sind diese Ressourcen zu keinem Vehikel für eine ausgewogene, dynamische und selbstbestimmte Entwicklung geworden. Im Gegenteil: die Auslandsverschuldung hat sich erhöht, Verarmung, Ungerechtigkeit, die Zerstörung der Umwelt und der Kultur haben zugenommen. Es ist dringlich von neuem über die Erdöl-Aktivitäten in Ecuador nachzudenken, und zwar ohne den politischen Horizont dabei von vorne herein einzuschränken. Es kann nicht einfach nur darum gehen, *mehr* Erdöl zu produzieren, und trotz hoher Dollareinnahmen die Kosten für soziale Belange einzusparen. Mehr und mehr konsolidieren sich die autoritären und ungerechten gesellschaftliche Strukturen, die zu einer Zunahme der Umweltzerstörung und der Zerstörung der Gesellschaft selbst führen – insbesondere im Amazonasgebiet.

Die Amazonasregion wird dabei in der Praxis wie eine Peripherie innerhalb Ecuadors behandelt. Dies trifft sicherlich auch auf alle anderen Amazonasanrainernstaaten zu, die selbst wiederum die Peripherie des politökonomischen Weltsystems darstellen. Dies wird deutlich, wenn man sich mit den treibenden Kräfte beschäftigt, der Logik und den negativen Auswirkungen der Erdölwirtschaft, welche als eine der Säulen der „westlichen Zivilisation“ gilt. Unter den aktuellen Bedingungen – und sei es „nur“ aus einer ökologischen Perspektive – erscheint eine einfache Wiederholung des „westlichen Entwicklungsmodells“ unmöglich. Es wird sich in kurzer Zeit als gänzlich untragbar erweisen. Wenn dies für die Welt im Ganzen gilt, dann erst recht für eine Region wie den Amazonas, die sich durch ein äußerst fragiles Umweltsystem auszeichnet. Das westliche Industrialisierungsmodell von Fortschritt und Wohlstand mit seinen Formen von Konsum und Produktion und seinen Lebensstilen ist weder generations- noch länderübergreifend verallgemeinerbar. Aus einer globalen ökologischen Perspektive erscheinen die industrialisierten Länder mit ihrem hohen technischen Entwicklungsstand und einer großen Akkumulation von materiellem Kapital heute wie unterentwickelte Länder. Oder besser: wie fehlentwickelte Länder – sind doch gerade sie es, die die Nachhaltigkeit der künftigen Entwicklung am meisten gefährden.

In diesem Kontext ist der Vorschlag eines Moratoriums der Ölaktivitäten im Süden des Amazonas äußerst interessant. Es handelt sich dabei nur um eine von vielen Ideen, die Aufmerksamkeit verdienen, wenn man anfangen möchte, über ein Ecuador ohne Erdöl nachzudenken. Ein solches Ecuador wäre Resultat einer bewussten Politik der Reduzierung der Abhängigkeit vom Erdöl. Und nicht bloß eine Konsequenz aus der Erschöpfung der existierenden Erdölrreserven und der mit ihrer Ausbeutung einher gehenden Zerstörung des Amazonasgebietes. Es ist an der Zeit dieses Erdölmoratorium – und in Verbindung damit auch das Thema der Auslandsverschuldung – auf die politische Agenda zu setzen. So ließe sich beispielsweise eine historische Übereinkunft mit den Gläubigern schließen, nach dem die Gesamtheit der Schulden unter der Be-

dingung erlassen wird, dass das Land sich verpflichtet, die Amazonasregion unter Beteiligung der indigenen Bevölkerungsgruppen zu schützen.

Die Verantwortung für die Zukunft Ecuadors fällt nicht ausschließlich in die Entscheidungshoheit des ecuadorianischen Staates. Multilaterale Kreditinstitutionen – IWF und Weltbank – setzen das Land unter Druck. Sie binden ihre Unterstützung an die Erhöhung der Erdölproduktion, welche die Zahlung der Auslandsschulden sichert. Doch müssen sich alle, die mittel- oder unmittelbar am Projekt der Ausdehnung der Erdölproduktion beteiligt sind, darüber im klaren sein, dass damit die Basis für eine Ausbeutung der Rohölvorkommen gelegt wird, die für die gesamte ecuadorianische Gesellschaft schwere Folgen haben wird und welche durch die Zerstörung des Amazonasgebietes letztendlich die gesamte Menschheit betrifft. Die Geschichte wird über das Handeln und über das Unterlassen von Handlungen richten. Das Urteil wird um so härter, wenn die drohenden Risiken zwar erkannt werden, aber niemand etwas tut, um sie zu vermeiden.

Übersetzung aus dem Spanischen von Henrik Lebuhn

Literatur

- Acosta, Alberto (1992): *El reto de la energía en las próximas dos décadas*, Quito, Ecuador.
- (2000): El petróleo en el Ecuador: una evaluación crítica del pasado cuarto de siglo, in: Acosta et. al.: *El Ecuador post petrolero*, Quito, Ecuador.
- (2003): *Ecuador: Entre la ilusión y la maldición del petróleo*, in: Ecuador Debate Nr. 58, Quito.
- (2004): *Breve historia económica del Ecuador*, Quito, Ecuador.
- Acosta, Alberto; Raúl Jaramillo del Castillo (1995): *Algunas reflexiones sobre la ampliación del Sistema del Oleoducto Transecuatoriano*, in: *Petróleo y Sociedad* Nr. 3, Quito, ASPEC.
- (2000): El petróleo en el Ecuador: una evaluación crítica del pasado cuarto de siglo, Acosta et al. (Hg.): *El Ecuador post petrolero*, Quito, Ecuador.
- Calcagno, Alfredo Eric; Calcagno, Eric (2003): *Argentina Derrumbe neoliberal y proyecto nacional*, in: *Le Monde Diplomatique*, Buenos Aires.
- Gobierno Nacional (1972): *Filosofía y Plan de Acción del Gobierno Revolucionario y Nacionalista*, Quito, Ecuador.
- Gordillo G., Ramiro (2003): *El oro del diablo? Ecuador: historia del petróleo*, Quito, Ecuador.
- ILDIS (2003-2004): *Informe de coyuntura* (diverse Ausgaben), Quito, Ecuador.
- Interamerikanische Entwicklungsbank (1981): *Necesidades de inversiones y financiamiento para energía y minerales en América Latina*, Washington.
- Pareja, C. Mauricio (2004): *Políticas de Endeudamiento Público*, Vortrag auf dem Workshop „Estrategias de desendeudamiento“, Jubileo 2000, CDES e ILDIS-FES, Guayaquil 5 y 6 de febrero 2004.
- Schuldt, Jürgen (1994): *La enfermedad holandesa y otros virus de la economía peruana*, Lima, Peru.
- Sen, Amartya (1985): Desarrollo: ¿Ahora, hacia dónde?, in: *Investigación Económica*, julio-septiembre 1985, 129-156.
- Stiglitz, Joseph E. (2003): *El rumbo de las reformas. Hacia una nueva agenda para América Latina*, Santiago de Chile, Revista de la CEPAL Nr. 80.
- Weltbank (1985): *La Transición Energética en los Países en Desarrollo*, Washington.
- Zorzoli, G. B. (1978): *El dilema energético ¿Medioevo tecnocrático o humanismo socialista?*, Madrid.